



Die Gewerkschaft Ver.di ruft zum Streikwochenende auf (Symbolbild) | Bild: efes, Pixabay

Ver.di legt die Stadt lahm

25. Februar 2026

In Berlin kommt es am beziehungsweise bis zum Wochenende in mehreren Bereichen des öffentlichen Lebens zu erneuten Streiks, ausgerufen von der Gewerkschaft [Ver.di](#). Diesmal sind der öffentliche Nahverkehr und Teile des Klinikbetriebs betroffen. Hintergrund sind laufende Tarifkonflikte, in denen es jeweils um Arbeitsbedingungen, Bezahlung und strukturelle Unterschiede bei den Beschäftigten geht.

Besonders deutlich spüren viele Berlinerinnen und Berliner die Auswirkungen im Nahverkehr. Bei den [Berliner Verkehrsbetriebe](#) (BVG) kommt es am Freitag und Samstag zu einem 48-stündigen Streik, durch den Busse, Straßenbahnen und U-Bahnen weitestgehend stillstehen werden. Anlass ist der Konflikt um den Manteltarifvertrag, der unter anderem Arbeitszeit, Urlaubstage und weitere Arbeitsbedingungen regelt. Die

Gewerkschaft fordert unter anderem eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich sowie eine Erhöhung der Urlaubstage.

Die BVG weist darauf hin, dass die Umsetzung der Forderungen mit erheblichen zusätzlichen Personalkosten verbunden wäre. Nach Angaben des Unternehmens könnten sich diese auf rund 150 Millionen Euro pro Jahr belaufen. Beide Seiten betonen, dass die Verhandlungen weiterhin laufen. Bereits in der Vergangenheit hatten Tarifgespräche zu längeren Auseinandersetzungen geführt, die schließlich in Einigungen mündeten, zuletzt vor weniger als einem Jahr mit deutlichen Gehaltssteigerungen für die Beschäftigten.

Warnstreik im Klinikbetrieb

Parallel dazu kommt es von heute an bis zum Samstagmorgen auch im Gesundheitsbereich zu Warnstreiks. Rund 2.000 Beschäftigte von Tochterfirmen des landeseigenen Klinikunternehmens [Vivantes](#) sind daran beteiligt. Betroffen sind vor allem Mitarbeitende in Service- und Unterstützungsbereichen wie Reinigung, Logistik und Gastronomie. Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte streiken nicht, dennoch kann es zu Einschränkungen kommen, etwa bei verschiebbaren – nicht lebensnotwendigen – Operationen.

Im Mittelpunkt dieses Tarifkonflikts steht vor allem die Frage der Bezahlung. Ver.di kritisiert Unterschiede zwischen den Beschäftigten des Mutterkonzerns und den Tochterunternehmen und fordert eine schnellere Angleichung an das Tarifniveau des öffentlichen Dienstes. Vivantes hat hingegen eine stufenweise Anpassung über mehrere Jahre angeboten. Zusätzlich gibt es Streitpunkte etwa bei Altersvorsorgeleistungen und Sonderzahlungen.

Die Verhandlungen in beiden Konflikten laufen weiter, und auf politischer Ebene wird die Entwicklung aufmerksam verfolgt. So ist vor dem [Abgeordnetenhaus](#) unter anderem am Donnerstag eine Kundgebung geplant, bei denen Vertreterinnen und Vertreter der Landespolitik Stellung beziehen wollen.

Insgesamt zeigen die zunehmenden Arbeitskämpfe zwar die Bedeutung von Tarifverhandlungen im öffentlichen Sektor – während Gewerkschaften Verbesserungen für Beschäftigte anstreben, verweisen Arbeitgeber jedoch auf finanzielle und organisatorische Rahmenbedingungen. Für die Bevölkerung indes bedeuten solche Auseinandersetzungen einmal mehr spürbare, wenn auch kurzfristige Einschränkungen, was angesichts der zunehmenden Häufigkeit wohl mehr Frust als Verständnis hervorrufen dürfte. (mz)